

nen und Ereignissen (S. 432–436). Genauso fehlt ein Literaturverzeichnis der Werke von und über Anna Haag. Schade ist schließlich, dass auch das Nachwort von Jennifer Holleis (S. 437–448) nur sehr knapp ausfällt. So bedürfte es dringend einer umfangreicheren Einleitung, wo auf den Lebensweg Haags, die familiären Verhältnisse wie auch die Geschichte Stuttgarts, den Wohnort Haags, in den Jahren der NS-Diktatur einzugehen wäre. Genauso wichtig wäre eine Einordnung der Tagebuchaufzeichnungen im Vergleich mit anderen Tagebüchern aus den Jahren der NS-Diktatur.

Michael Kitzing

Frederick BACHER, Oberbürgermeister Franz Konrad. Aspekte der Verwaltungsgeschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd im Nationalsozialismus (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Schwäbisch Gmünd, Bd. 15). Schwäbisch Gmünd: Einhorn Verlag 2020. 144 S. ISBN 978-3-95747-107-9. € 18,-

Bacher stellt eine interessante Studie zu Franz Konrad, dem Oberbürgermeister in Schwäbisch Gmünd von 1934 bis 1945, vor, der „ein überaus begabter und tüchtiger Verwaltungsbeamter“ war, in der Nachkriegszeit aber durchaus kontrovers eingeschätzt wird. Der Verfasser versteht es, seine flüssige Darstellung mit Gründlichkeit beim Auswerten breit gestreuter Quellen und mit Eigenständigkeit im Urteil zu verbinden.

Mit einem „Prolog“ führt er in seine Thematik ein. Überrascht stellt der Leser dabei fest, dass in diesem Kapitel die turbulenten Nachkriegsjahre von 1946 bis 1956, in denen zwei Oberbürgermeisterwahlen von 1948 und 1954 unter Konrads Mitwirkung stattfanden, behandelt werden. Als „Epilog“ mit der Bezeichnung „Nachkriegszeit“ werden diese Jahre erneut und unter anderen Perspektiven wieder aufgenommen. Was zunächst verwirren mag, entpuppt sich als kluger Einfall, denn damit rücken Franz Konrads Rolle im Nationalsozialismus und seine entsprechenden Handlungsweisen auch in der Nachkriegszeit in den Fokus. Konrads Wahlplakat von 1948, das im „Prolog“ auf einer Doppelseite abgedruckt ist (S. 18 f.), trägt den Titel „Franz Konrad als Gegner des Nationalsozialismus. Den Gmündern zur Aufklärung“. Die apodiktische Wertung in dem Plakat zwingt den Leser geradezu, seine Aufmerksamkeit auf diesen zentralen Aspekt zu richten. Am Schluss dieser Besprechung wird darauf zurückzukommen sein.

Zunächst geht Bacher auf Konrads Tätigkeit als Ortsvorsteher in Laupheim von 1924 bis 1934 ein. Beruflich und auch politisch lassen sich dabei Fähigkeiten und Charaktereigenschaften dieses Mannes erkennen, die er auch bei seiner neuen Tätigkeit als Oberbürgermeister ab 1934 in Schwäbisch Gmünd bruchlos unter Beweis stellen konnte. Er präsentierte sich in dieser katholisch geprägten Stadt, die auch einen bemerkenswerten jüdischen Bevölkerungsanteil aufwies, wie viele andere Bürgermeister in der Zeit vor 1933 als „unpolitischer und überparteilicher Fachbürgermeister“, wie Bacher schreibt. Es gelang ihm, in dieser verarmten Stadt die Wirtschaftsentwicklung durch zahlreiche Baumaßnahmen zu beleben. Auch in Stuttgart muss man in dieser Zeit wegen seiner Tüchtigkeit auf ihn aufmerksam geworden sein.

Typisch ist, wie Konrad auf die Ernennung Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 reagierte. Bachers präzise Darstellung ermöglicht eine genaue Einschätzung, wie flexibel und durchaus machtbewusst sich Konrad den neuen politischen Rahmenbedingungen anzupassen verstand. Beim neugebildeten Laupheimer Gemeinderat gab er sich am 6. 5. 1933 unvermittelt als Anhänger Hitlers zu erkennen, dessen Stellung als „Führer“ er sofort auch für seine Stellung als starker Bürgermeister zu adaptieren verstand. „Wir müssen gläubig und ver-

trauend uns hinter unseren Führer, den Volkskanzler Adolf Hitler, stellen“. Er gab außerdem auf dieser Sitzung bekannt, dass er der NSDAP am 1. Mai 1933 beigetreten sei. Damit erklärt sich auch, weshalb er bei den antisemitischen Umtrieben von SA-Männern am 1. April 1933 („Juden-Boykott“) durch Schweigen auffiel. Besonders schäbig verhielt er sich, als er die von ihm 1927 selbst angeregte Namensgebung der „Laemmle-Straße“ am 13. Juni 1933 in „Schlageter-Straße“ umbenennen ließ, womit er einen NS-„Märtyrer“ aufwertete. Der aus Laupheim stammende Jude Carl Laemmle war als amerikanischer Filmproduzent zu Ruhm gekommen und hatte seine Heimatstadt wiederholt großzügig finanziell unterstützt. In der Folge schwand Laemmle für den Ortsvorsteher und viele seiner Mitbürger aus dem Bewusstsein – nicht aber für zahlreiche Juden, denen Laemmle von 1936 an mit großem Einsatz zur Flucht in die USA verhalf und sie damit vor Deportation, Konzentrationslager und Tod bewahrte.

Der Amtsantritt Konrads am 3. November 1934 in Schwäbisch Gmünd erfolgte mit einer gewissen Konsequenz. Das Innenministerium zog Konrad einem „Alten Kämpfer“ vor, da auch Schwäbisch Gmünd ein Notstandsgebiet darstellte und einen Fachmann benötigte. Konrads Beziehungen zu Stuttgart brachten ihn in Kontakt mit den neuen Machthabern. Seine Berufung als Oberbürgermeister in Schwäbisch Gmünd am 3. November 1934 wurde entsprechend zu einem pompösen Empfang im Sinn des neuen nationalsozialistischen Staates stilisiert. Konrad passte sich nahtlos an und hielt, wie Bacher formuliert, eine Antrittsrede, die „in weiten Teilen nationalistisch und militaristisch“ war.

In klarer Strukturierung konzentriert sich Bacher im Hauptteil seiner Studie auf wesentliche „Aspekte der Verwaltungsgeschichte“ und Konrads Rolle dabei. Ein Kapitel (Die städtische Volksgemeinschaft: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“) stellt er ausdrücklich voraus. Er kann verdeutlichen, dass dieser Oberbürgermeister es offenbar meisterhaft verstand, seinem tatkräftigen Handeln eine ideologische Rechtfertigung zu geben. Den Punkt 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms von 1922 verknüpfte er mit dem Führerprinzip und berief sich dabei – wie andere Bürgermeister auch – auf die neue „Deutsche Gemeindeordnung“ vom 30.1.1935. Nicht mehr die Gemeinderatsmitglieder spielten im lokalen Machtgefüge eine Rolle, sondern allein die Organe der Staatspartei im Ringen mit dem Oberbürgermeister. Daraus entstand ein ständiger Dualismus zwischen dem Oberbürgermeister und dem Kreisleiter der NSDAP. Konrad wusste sich gegenüber dem radikalen Kreisleiter Oppenländer zu behaupten, zumal er bei entsprechenden Anträgen im Gemeinderat, z. B. in Personalfragen, ausgesprochen geschmeidig reagierte. Der katholischen Kirche gegenüber behielt er einen moderaten Kurs bei.

Mit der Ansiedlung von Rüstungsindustrie (Aufbau einer Leichtmetallindustrie, Investitionen der Zahnradfabrik Friedrichshafen usw.) zeigte Konrad seine wirtschaftliche Kompetenz. Eine „Arisierung jüdischer Betriebe“ war damit verbunden. Schwäbisch Gmünd nahm dank seiner Tatkraft einen wirtschaftlichen Aufschwung. Damit war er auch gegenüber dem eifersüchtigen Kreisleiter, der ihn ständig attackierte, unangreifbar geworden. Der wiederholte Einsatz beim Militär ab 1939 bei einer Ersatz-Artillerie-Abteilung schadete seiner Stellung nicht.

Wiederholt verweist Bacher auf einen neuen Forschungsansatz, eine Stadtverwaltung im Nationalsozialismus im Kontext der „Systemstabilisierung“ zu thematisieren und dabei Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft auszuloten. Eine zusammenfassende Wertung vermisst man jedoch. Wäre nicht Konrad in seinem Handeln geradezu als Paradebeispiel für eine solche „Systemstabilisierung“ zu charakterisieren gewesen? Hätte nicht die

Äußerung des Kreisleiters in seinem Spruchkammerverfahren, der Bürgermeister habe sich niemals eingeschaltet, wenn politische Gegner verfolgt wurden, dafür einen Ansatz geboten? Das Ölgemälde von 1940 jedenfalls, das der Einhorn-Verlag als Titelbild wählte, zeigt einen Machttträger, der selbstbewusst dem NS-Regime diene und sich auch als solcher zu präsentieren verstand. Dieses Konterfei als Titelbild hätte historisch bewertet werden sollen.

Die Nachkriegszeit in Schwäbisch Gmünd verlief turbulent und trug verstörende Züge. Bachers Ausführungen zu den Jahren von 1946 bis 1956 in den Kapiteln am Anfang und am Ende seiner Studie lassen Kontinuitäten erkennen, die eine normale Entwicklung hin zu einer demokratischen Ordnung erschwerten. Ungewöhnlich war bereits, dass der frühere Bürgermeister Franz Konrad bei der ersten freien Oberbürgermeisterwahl von 1948 wieder als Kandidat antrat und mit sensationellen 74,5 % der abgegebenen Stimmen gewählt wurde, von der amerikanischen Militärregierung aber abgelehnt wurde. 1954 trat er nochmals an und schob sich mit über 77 Prozent erneut demonstrativ ins Rampenlicht. Zu erklären sind diese phänomenalen Erfolge sicher auch mit seiner Persönlichkeit. Im bereits erwähnten Wahlplakat von 1948 gab er sich, da er in der Schwäbischen Post als „politisch untragbar“ bezeichnet wurde, jedoch kompromisslos als „Gegner des Nationalsozialismus“ aus und bemühte alle möglichen Gruppen in seinem Sinne. Am Schluss erreichte die umfassende Verdrängung der Vergangenheit ihren Höhepunkt: „Wer es wagen sollte, einem solchen Mann seine politische Vergangenheit vorzuwerfen, würde sich moralisch einer Verleumdung, politisch einer Versündigung an der Zukunft unserer Vaterstadt schuldig machen“. Die meisten Bürger folgten diesen Parolen offenbar völlig unkritisch im Sinn eines „Mitläufertums“. Sie konnten sich dabei hinter ihn scharen.

Derart mühsame Neuanfänge waren kein Einzelfall in der Nachkriegszeit. Der Historiker Lepsius formuliert in einem Aufsatz über die Entwicklung der beiden deutschen Nachfolgestaaten, der Nationalsozialismus habe „den jeweils spezifisch akzentuierten Kontrastbezug zur Legitimierung der neuen Ordnung“ dargestellt. Für Schwäbisch Gmünd kann dies in den ersten Nachkriegsjahren nur eingeschränkt Gültigkeit beanspruchen. 1955 waren jedenfalls weder der alte und neue Oberbürgermeister Franz Konrad (von 1954 bis 1956 im Amt) noch der Gemeinderat dazu bereit, die Anregung einer „Arbeitsgemeinschaft junger Europäer“ aufzunehmen, aus Anlass der 15. „Wiederkehr der Deportation der letzten jüdischen Bürger unserer Stadt“ eine würdige Gedenkfeier abzuhalten. Erst in einem sehr langen Zeitraum bildete sich in der Bundesrepublik Deutschland allmählich ein allgemeines Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem NS-Terrorstaat heraus.

Rolf Königstein

Territorial- und Regionalgeschichte

Edwin Ernst WEBER / Thomas ZOTZ (Hg.), *Herrschaft, Kirche und Bauern im nördlichen Bodenseeraum in karolingischer Zeit*. Stuttgart: Kohlhammer 2020. 207 S., zahlr. Abb. ISBN 978-3-17-038328-9. Geb. € 29,-

Der anzuzeigende Band fasst eine Tagung zusammen, die 2016 von der Gesellschaft Oberschwaben, dem Landkreis Sigmaringen und der Stadt Meßkirch veranstaltet wurde. Sein Untersuchungsgebiet ist der „Raum zwischen Donau, Bodensee und Iller“, mithin Oberschwaben. Da dieser Landschaftsname für die Karolingerzeit nicht passt, operieren die